



medien
mittwoch



17.10.18

MedienMittwoch

164.

Wahlprüfsteine zur Kreativwirtschaft

Die über Jahre stabil wachsende ökonomische Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Hessen ist statistisch längst nachgewiesen. Der Kreativwirtschaft ist die Avantgarde der Veränderung, Indikator für das Kommende und damit essentiell für die Digitalisierung. Die Kreativwirtschaft spielt deshalb eine herausragende Rolle als Innovationstreiber in der digitalen Revolution.

Die m2 MedienMittwoch Stiftung ist der Auffassung, dass es für Hessen immens wichtig ist, konkurrenzfähig zu bleiben. Hessen soll ein international bedeutender Kreativstandort sein.

Daher fragt die m2 MedienMittwoch Stiftung:

_Was sagen die im hessischen Landtag vertretenen Parteien CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und DIE LINKE zu den Themen der Kreativwirtschaft in Hessen?

Die Antworten der Parteien auf die vom MedienMittwoch aufgestellten **20 Wahlprüfsteine 2018** finden Sie nachfolgend.



„Welche Bedeutung misst Ihre Partei der Kultur- und Kreativwirtschaft in den nächsten 10 Jahren zu?“

Die Kultur- und Kreativwirtschaft in Hessen hat sich gerade in den vergangenen Jahren zu einem Innovationsmotor und festen Bestandteil der positiven Wirtschaftsentwicklung unseres Landes, aber auch zu einem attraktiven Standortfaktor entwickelt. Sie bringt kulturell wie wirtschaftlich bedeutende Produkte und Dienstleistungen hervor und bereichert damit die vielfältige Kunst- und Kulturlandschaft Hessens. Der Wirtschaftszweig bietet große Chancen für Wachstum und Arbeitsplätze. Inzwischen werden rund 120.000 Erwerbstätige in 20.300 Unternehmen erfasst, die einen Umsatz von über 12 Milliarden Euro erwirtschaften. Wir wollen der Kultur- und Kreativbranche insbesondere den Zugang zu zusätzlichen vielfältigen Finanzierungsmöglichkeiten erleichtern. Wir haben uns zudem zum Ziel gesetzt, die Möglichkeiten und die innovative Kraft des Sektors verstärkt in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken, den Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu intensivieren sowie den Unternehmen Hilfe bei der Vernetzung und der Erschließung internationaler Märkte anzubieten. Die Stärkung des Wirtschaftsbereiches soll im Dialog mit der Branche geschehen. In zehn Jahren soll die Vernetzung der Branche untereinander sowie die nationale und internationale Sichtbarkeit der hessischen Kultur- und Kreativwirtschaft deutlich stärker geworden sein. Hierzu sollen die vorhandenen Potentiale identifiziert und genutzt worden sein.

Die Förderung von Kunst und Kultur ist öffentliche Aufgabe und gehört für uns zur Grundversorgung. Deshalb wollen wir die Förderung der Kultur als Staatsziel in die hessische Verfassung aufnehmen. Wir sind der festen Überzeugung, dass die schon heute hohe Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft für Hessen weiter zunehmen wird. Sowohl ihre gesellschaftliche Bedeutung, als auch der ökonomische Anteil und die Zahl der Beschäftigten werden weiter steigen. Unter grüner Regierungsbeteiligung sind in Hessen die Belange der Kultur- und Kreativwirtschaft endlich angemessen in den Blick genommen worden. Mit GRÜNER Beteiligung haben wir die finanzielle Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft seit dem Jahr 2014 verdoppelt. Viele junge Künstlerinnen und Künstler leben am Existenzminimum, darunter häufiger Frauen als Männer. Wir wollen ihre Beschäftigungssituation untersuchen und verbessern. Den Ansatz dazu bieten Mindestausstattungsvergütungen bei landeseigenen Institutionen, die geschlechtergerechtere Besetzungen von Gremien, Jurys und Führungspositionen, ein ausgewogenerer Ankauf von Kunstwerken und ein gut dotierter Kulturpreis für weibliche Kulturschaffende. Wie bislang werden wir die Kultur- und Kreativwirtschaft in den nächsten zehn Jahren weiter stärken und unseren Beitrag leisten, dass sich das Potenzial dieser Branche noch besser entfalten kann.

Für die hessische SPD kommt der Kultur- und Kreativwirtschaft in Hessen eine bedeutende Rolle zu. Mit ihren elf Teilmärkten zeichnet sie sich durch kreative und innovative Impulse für die hessische Wirtschaft aus. Innovative Arbeit und kreatives Denken sind für uns als hessische SPD der Treibstoff für Wirtschaftswachstum und die damit einhergehende Schaffung von Arbeitsplätzen. Dies gilt es, durch das Land verlässlich zu unterstützen und zu fördern.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft gehört schon heute mit über 120.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 12 Milliarden Euro zu den Säulen der hessischen Wirtschaft. Die Bedeutung der Kreativwirtschaft wird weiter zunehmen. Die digitale Transformation ist ohne die Kreativwirtschaft nicht denkbar. Sie ist das Herz der Digitalisierung. Die Presse und die Arbeit von Journalisten hat darüber hinaus eine elementare Funktion für unsere Gesellschaft und die Demokratie. Auch hier stehen wir von großen Herausforderungen im Zeitalter der Digitalisierung. Wir sehen in der Kreativwirtschaft großes Potential. Kreatives Denken und Arbeiten sind Leitprozesse der Zukunft. Die Kreativwirtschaft ist Pionier, wenn es um neue Arbeitsformen und Konzepte von „New Work“ geht, die sich später auch in den anderen Branchen und Sektoren durchsetzen werden. Die digitale Transformation erfordert mehr als Kompetenzen in den klassischen MINT-Fächern. Erfolgreiche Content-Entwickler arbeiten in interdisziplinären Teams mit agilen Strukturen. Kreativität und Disruption lassen sich nicht programmieren, sie müssen erdacht und erspürt werden. Digitale Transformation setzt auch eine kreativaffine Mentalität voraus. Neues Denken, neue Arbeitsweisen und neue Methoden sind in bestehenden Strukturen nur schwer realisierbar.

DIE LINKE misst der Kultur- und Kreativwirtschaft in Hessen – und ganz besonders im Rhein-Main-Gebiet – auf unterschiedlichen Ebenen eine große Bedeutung zu. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein Experimentierfeld, in dem gesellschaftsrelevante Themen verhandelt werden und stellenweise für individuelle und gesellschaftliche Probleme zukunftsfähige Lösungswege gesucht werden. Daher sind die Schnittstellen zu pflegen, an denen Akteure der Kreativ- und Kulturwirtschaft operieren, seien dies Künste, Forschung, Technologie, Wissen und allgemeine Kommunikation. Kreative und Kulturschaffende produzieren mehr als nur Waren und Gebrauchsgüter. Kunst und Kultur sind wichtige Impulsgeber: Sie prägen Diskurse und gestalten gesellschaftliche Werte mit. Auch benötigt Kreativität Toleranz, Vielfalt und Interkulturalität, um sich zu entfalten. Vor diesem Hintergrund haben internationale Netzwerke und Austauschbeziehungen von Künstlern und Kreativen das Potenzial, diverse und postmigrantische Identitäten zu stärken. Allerdings sind diese wichtigen Themen und Entwicklungen nicht allein ökonomischen Interessen, d.h. der Kultur- und Kreativwirtschaft, zu überlassen. Wie in vielen Lebens- und Arbeitsbereichen ist auch die Kultur- und Kreativwirtschaft vom digitalen Strukturwandel, seinen Chancen und Risiken, betroffen. Wir leben in einer sich zunehmend digitalisierenden Welt und nutzen das Internet in fast allen Lebensbereichen. Die Ideen und Anregungen aus der Kultur- und Kreativszene sind für den Nutzen eines kontinuierlichen Modernisierungsprozesses – hin zu einem sozialen und ökologisch nachhaltigen Leben und Arbeiten – nicht zu unterschätzen. In Hessen ist die Kultur- und Kreativwirtschaft im stetigen Wachsen begriffen und beschäftigt 120.000 Erwerbstätige. DIE LINKE nimmt im Besonderen die Beschäftigten ins Blickfeld. Mit 16 Prozent ist der Anteil der geringfügig Beschäftigten in der Branche verhältnismäßig hoch. Auch die Lebens- und Arbeitssituation vieler Freiberufler (10 Prozent) ist stellenweise von Prekarität gezeichnet. Grundsätzlich will DIE LINKE, dass Beschäftigungsverhältnis Planungssicherheit gewährleisten und zwar durch soziale und finanzielle Sicherheit. Für DIE LINKE ist die Zurückdrängung des „kreativen Prekariats“ daher zentral. Damit alle Menschen in Würde leben und altern können, sind „neue Normalarbeitsverhältnisse“ in allen Branchen von Nöten. Vor diesem Hintergrund fordert DIE LINKE – analog zum Mindestlohn – ein gesetzliches Mindesthonorar für Selbstständige. Die Künstlersozialversicherung wollen wir stärken und ausbauen. Kreativität und die Teilhabe an Kulturangeboten machen Städte lebenswert, divers und lebendig, was selbstredend zu begrüßen ist.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist derzeit ressortübergreifend strukturiert.**Wie steht Ihre Partei zu einer Zusammenfassung bei einem Ministerium in Hessen? Wie könnte dies aussehen?**

Die Zuständigkeit für die Kultur- und Kreativwirtschaft teilen sich im Wesentlichen das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK), soweit die kulturelle Komponente überwiegt, sowie das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (HMWEVL), soweit die wirtschaftliche Komponente überwiegt. Auch bei anderen Themenkomplexen finden sich aufgrund der jeweils spezifischen Fragestellungen und der unterschiedlichen Schwerpunkte bzw. Ressortzuständigkeiten insgesamt vergleichbare Aufteilungen. Eine Zusammenlegung kann sinnvoll sein, wenn ein Gesichtspunkt in der weit überwiegenden Zahl der Fälle dominiert. Vorliegend sind jedoch vielfältige Verflechtungen und Querbezüge der Regelfall. Insoweit ist es sachgerecht, dass jeweils eine einzelfallbezogene Betrachtung Vorrang hat. Die unterschiedliche Fachlichkeit bildet sich in den verschiedenen Häusern gut ab und wird aus unserer Sicht den Anforderungen des komplexen Themenfeldes gerecht. Etwaigen hieraus entstehenden Problemen wurde bereits durch die Einrichtung eines gesonderten Referates „Kultur- und Kreativwirtschaft, Medienwirtschaft und Neue Medien“ im HMWEVL begegnet.

Kreativität und Vielfalt sind Markenzeichen der Kultur- und Kreativwirtschaft. Deshalb umfasst sie eine große Bandbreite unterschiedlicher Unternehmen und Institutionen. Ebenso vielfältig sind die Umsatzzahlen der einzelnen Märkte und Unternehmen, die Beschäftigungsformen und deren Anteile je Markt. Es herrscht eine große Heterogenität. Aus diesem Grund halten wir es für kontraproduktiv, diese Vielfalt der Kultur- und Kreativwirtschaft in ein Ministerium zu bündeln. Nach Ansicht der GRÜNEN ist es dagegen ein Vorteil, wenn alle Aufgaben und Belange der hessischen Kultur- und Kreativwirtschaft in mehreren Ministerien bearbeitet werden. Denn die nach den jeweils verschiedenen Zuständigkeiten der Ressorts spezialisierte und fachkundige Bearbeitung kultureller, kreativer, ökonomischer, sozialer oder ökologischer Aspekte ist geeigneter, die Bedürfnisse der Unternehmen und ihrer Beschäftigten zu erfüllen. Gleichzeitig ist durch die beim Hessischen Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir liegende Federführung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Hessen die gebündelte und zielgerichtete Interessenvertretung ihrer Belange gewährleistet.

Gemeinsam mit den Akteuren der Branche werden wir die Förderinstrumente des Landes Hessen auf den Prüfstand stellen. Dazu gehört auch die Bündelung der einzelnen Maßnahmen unter einem Dach. Uns ist jedoch bewusst, dass Kreativität geprägt ist durch unterschiedliche Erscheinungs- und Vermarktungsformen und dies zur Folge hat, dass die jeweiligen Teilcluster unterschiedliche Anforderungen an Landespolitik stellen.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft umreißt viele gesellschaftlich relevante Bereiche und Themen, wirtschaftspolitische Fragenstellungen, Themen der Kulturförderung, sozialen Teilhabe und Integration u.v.m. Insofern ist eine Bündelung und einseitige Ausrichtung bzw. Schwerpunktsetzung nicht unproblematisch, weil dann die Besonderheiten und umfassende Relevanz der Kultur- und Kreativwirtschaft möglicherweise verkürzt werden könnten. Die Akteursvielfalt der Kultur- und Kreativwirtschaft spiegelt sich in den unterschiedlichen Zuständigkeiten auf politischer bzw. staatlicher Ebene wider. Zielführender als die Bündelung in einem Ministerium könnte die Stärkung einer koordinierenden Stabsstelle sein, die agil je nach Sachzusammenhang auf die unterschiedlichen Ressort zugreifen kann und die Transparenz gegenüber der Kultur- und Kreativwirtschaft erhöht.

Die ressortübergreifende Struktur ergibt sich u. E. aus den unterschiedlichen Förderzielen und -mitteln für z.B. wirtschaftsnahe Start-Ups oder der Förderung kultureller Bildungsangebote. Daher scheint uns die Herausforderung weniger in der Zusammenfassung in einem Ministerium, sondern im Ausbau der Angebote der Geschäftsstelle Kreativwirtschaft zu liegen.

„Welche Ziele hat Ihre Partei für die hessische Geschäftsstelle Kultur- und Kreativwirtschaft? Wie wollen Sie diese Ziele erreichen?“



Die Geschäftsstelle unterstützt durch die Zusammenarbeit mit Kreativnetzwerken, Wirtschaftsförderern, Institutionen, Hochschulen und weiteren Multiplikatoren den Austausch und die Netzwerkbildung innerhalb der Branche und mit der Gesamtwirtschaft. Zudem ist sie Ansprechpartner für Anfragen und Wegweiser für die Suche nach themenrelevanten Institutionen, Branchenexperten und Beratern. So bietet sie bspw. seit 2016 eine Orientierungsberatung an, die Kreativunternehmer an bedarfsgerechte Beratungs- und Förderangebote anderer Anbieter vermittelt. Wichtiges Merkmal des Ansatzes ist, dass die Beratung aufsuchend konzipiert und in bekannten Kreativzentren, möglichst sogar in Kooperation mit diesen, durchgeführt wird, um eine optimale Zielgruppenerreichung zu gewährleisten. Die Geschäftsstelle verfasst zudem themenspezifische Publikationen (u. a. die Kulturwirtschaftsberichte), erhebt Wirtschaftszahlen und organisiert Netzwerkveranstaltungen. Als Kooperationspartnerin unterstützt sie Veranstaltungen der Kreativwirtschaft. Die CDU Hessen setzt sich dafür ein, dass diese erfolgreiche Arbeit fortgesetzt und verstärkt werden kann.

Der Hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir hat die Geschäftsstelle Kultur- und Kreativwirtschaft gegründet, um einen landesweiten Ansprechpartner zu schaffen und die Vernetzung der Szene zu fördern. Sie soll die erforderlichen Strukturen und ein notwendiges Netzwerk erarbeiten. Zusätzlich soll die Geschäftsstelle zur schnellen und unkonventionellen Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Hessen dienen und richtige Ansprechpartner vermitteln. Bei der individuellen Kreativberatung steht die Frage im Mittelpunkt, wie zukunftsweisende und neue Geschäftsmodelle aussehen. Kreative erhalten in allen Unternehmensphasen umfassende Informationen über Fördermöglichkeiten und Seminare. Die jährlich stattfindende Delegationsreise Kreativwirtschaft trägt zu allen diesen Zielen Wesentliches bei.

Die hessische Geschäftsstelle Kultur- und Kreativwirtschaft hat als verbindendes Element, einerseits zwischen dem Land Hessen und der Branche, und andererseits innerhalb der Branche und zu deren Kunden, eine wichtige Rolle für die hessische Kultur- und Kreativwirtschaft. Die Branche ist in ihrer Gesamtheit ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Hessen, doch die Teilcluster existieren teilweise nebeneinander, ohne dass sich die Akteure kennen. Ziel muss es sein, Gründerzentren zu unterstützen und in der weiteren Entwicklung zu begleiten. Dieses Ziel wird flankiert durch Dialogveranstaltungen und Foren mit der Branche und ihren Kunden. Auch planen wir die Beratungsleistungen der Geschäftsstelle zu unterstützen und auszuweiten.

Wir wollen die Geschäftsstelle Kreativwirtschaft Hessen bei der Hessen Agentur stärken und insbesondere mit Blick auf die Serviceorientierung. Das gilt beispielsweise bei der Finanzierungsberatung oder der Beratung für Förderprogramme. Wichtig ist dabei auch ländlichen Regionen nicht aus dem Auge zu verlieren. Daher wollen wir regionale Innovationszentren in Hessen schaffen, die auch Ansprechpartner für die Kultur- und Kreativwirtschaft vor Ort sein sollen. Einen besonderen Fokus wollen wir auf Themen der digitalen Arbeitswelt rund um „New Work“ legen. Arbeiten in den digitalen Welt ist mehr als Home-Office. Hier gibt es erhebliche Potentiale, die wir stärken nutzen wollen.

DIE LINKE will mittelfristig das Beratungsangebot für Kreative und Kulturschaffende stärken, wie z.B. durch eine kostenlose Rechtsberatung. Auch sieht DIE LINKE einen Bedarf im Angebot an Weiterbildungen in Hinblick auf branchenspezifische und übergreifende Themen. DIE LINKE weiß um die Relevanz von internationalem Austausch und der Zusammenarbeit für die Kreativ- und Kulturwirtschaft. Das Angebot an Messen, Konferenzen und Treffpunkten soll mit der Unterstützung des Landes ausgebaut werden und für ein Fachpublikum sowie für Interessierte offen sein.

„Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist hauptsächlich sehr kleinteilig. Durch welche landespolitischen Maßnahmen soll dieser Wirtschaftszweig gefördert und weiterentwickelt werden?“



Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Bundesvergleich steht die Kreativwirtschaft in Hessen insgesamt gut da. Sie ist gemessen an Umsatz, Beschäftigung und Zahl der Unternehmen die vierstärkste in einem Flächenland. Sie profitiert dabei von der herausragenden Wirtschaftskraft und Infrastruktur des Landes. So wird die Nähe zu potentiellen Auftraggebern häufig als ein wesentlicher Vorteil des Standorts im Vergleich zu anderen genannt. Als CDU Hessen wollen wir für alle Wirtschaftszweige in unserem Land das beste Umfeld für Start-ups schaffen. Wir wollen Gründer und junge Unternehmer nach Hessen holen und zum Spitzenreiter bei Existenzgründungen werden. Unternehmensgründungen müssen entbürokratisiert und so vereinfacht werden, dass innerhalb von 48 Stunden ein Unternehmen gegründet werden kann. Um die branchenübergreifende Vernetzung mit anderen Wirtschaftszweigen weiter zu fördern, unterstützt die CDU-geführte Landesregierung Maßnahmen, die darauf abzielen, durch Anwendung und Implementierung kreativer Leistungen (z.B. aus Werbung, Design, Software/Games), Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen anderer Wirtschaftszweige zu steigern. Die Förderung der Kreativwirtschaft unter einem Haushaltsprodukt erfolgt seit Beginn des Jahres 2017 auf Grundlage der Richtlinie des Landes Hessen zur Gründungs- und Mittelstandsförderung. Vertreter aller Teilmärkte der Kultur- und Kreativwirtschaft können eine Förderung nach dieser Richtlinie beantragen. Diese vorwiegend einzelfallorientierte Art der Förderung hat sich grundsätzlich bewährt und soll fortgesetzt werden. Sie wird in enger Abstimmung mit Akteuren aus der Kultur- und Kreativwirtschaft durchgeführt, um inhaltlich die Bedürfnisse der Branche bedienen, interdisziplinäre Netzwerke stärken und zugleich erwerbswirtschaftliche Potenziale fördern zu können. Gerade in der durch einen hohen Anteil Freier Berufe geprägten Kreativwirtschaft sind Gründer oft gut ausgebildete Kreative, aber im Hinblick auf die buchhalterischen, rechtlichen oder organisatorischen Anforderungen an die Führung eines Unternehmens unerfahren. Es gibt daher in diesen Bereichen nicht unerheblichen Beratungsbedarf unter Kreativen, um sie auch unternehmerisch zu qualifizieren und die Chancen ihrer Gründungen zu verbessern. Es besteht erhebliches Interesse, dass Gründer sich mit ihren Geschäftsideen in Hessen erfolgreich und dauerhaft niederlassen. Vor diesem Hintergrund ist die beratende und informierende Arbeit der Geschäftsstelle Kreativwirtschaft des Landes bei der Hessen Agentur von zentraler Bedeutung. Auch die inhaltliche Vernetzung durch den Austausch zwischen der Kultur- und Kreativwirtschaft und Kammern, Freien Berufen, Wirtschaftsförderungen und Verbänden (Industrie, Handel, Handwerk, Kultur- und Kreativwirtschaft, Dienstleistungen etc.) ist von besonderer Bedeutung. Dies verstärkt auch die nationale Sichtbarkeit. Diese Maßnahmen wollen wir in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

Die Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft wird sich weiter erhöhen. Die von Vielfalt geprägte Szene in Hessen sehen wir als Stärke dieser Branche an. Kultur- und Kreativschaffende wirken häufig ohne großen Überbau, starre Strukturen oder Normierungen, dafür ganz direkt und mit sehr viel Engagement für ihre Mitmenschen. Dort, wo Kultur- und Kreativschaffende einen Rahmen suchen, werden wir ihnen Möglichkeiten anbieten. Das werden wir Mithilfe einer gemeinsam zu entwickelnden Branchenstrategie erreichen, die passgenauen Förderangeboten des Landes sowie Angebote zur Zusammenarbeit, Vernetzung, Clusterbildung und Einrichten von Plattformen enthält. An dieser Stelle wirkt die von uns gegründete Geschäftsstelle Kultur- und Kreativwirtschaft als Teil der Hessen Agentur (HA). Durch deren Integration in das Standortmarketing der HA ergeben sich viele weitere Synergien und Chancen für die Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft. So können neue Partner zusammenfinden und neue, innovative Wege gehen.

Unterstützung und Hilfe seitens des Landes zeichnet sich auch für die Kreativbranche durch materielle Förderung aus. Jedoch sind die Förderinstrumente und Verfahren nicht an die besonderen Erfordernisse und Bedürfnisse der Kreativwirtschaft angepasst. Die bisherigen Förderprodukte sind als allgemeine Wirtschaftsförderung konzipiert und berücksichtigen nicht den Wert und die spezifischen Produktionsbedingungen kreativer Leistungen. Neben der monetären Förderung bedarf es der Bereitstellung von Geschäftsräumen mit niedrigen Mieten, der Förderung von kreativen Milieus, des Abbaus von Auftragshürden, der Schaffung von Investorenkontakten, einer höheren Zahlungssicherheit bei Auftraggebern und besserer Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Zudem muss die Förderpolitik des Landes Hessen weg von der Idee, nur die vermeintlich gewinnbringendsten Projekte oder die Entwicklung neuer Techniken zu honorieren, sondern auch die inhaltliche Förderung kreativer Leistungen für Unternehmen muss fester Bestandteil der Förderpolitik des Landes Hessen für den Bereich der Kreativwirtschaft werden. Zudem sollte die Förderung von einem einzelnen Unternehmen abrufbar sein und nicht von einem Konsortium. Hinzu kommt, dass in der Kreativbranche ein überproportional hoher Anteil Freiberufler, Ich-AG's und anderer Kleinunternehmensformen arbeiten, für die die bisherige Antrags- und Förderpraxis veraltungstechnisch kaum zu bewältigen ist. Besondere Bedeutung haben für uns die Beratungszentren. Die bisherige reine Projektförderung von Hessen Design e. V. und dem Rat für Formgebung werden wir um eine institutionelle Förderung erweitern.

Wir wollen insbesondere auch für die Kultur- und Kreativwirtschaft die Gründerförderung ausbauen. Dazu wollen wir einen landeseigenen Risikokapitalfonds auflegen, der gezielt in Startups und Gründungen investiert. Außerdem wollen wir im Rahmen von Investorenmessen potentielle Geldgeber und kreative Leute mit Ideen zusammenbringen. Hier gibt es noch viel Potential. Bürokratische Auflagen behindern oft die Arbeit von Kreativen und Künstlern. Deshalb wollen wir diese auf den Prüfstand stellen und Gesetze anpassen. Wir wollen außerdem durch Wettbewerbe, etwa in den Bereichen Architektur und Design, innovative Ansätze und neue Ideen fördern. Auch im Bereich des Standortmarketings sollte die Kultur- und Kreativwirtschaft als Leitbranche eine größere Rolle spielen. Hier dürfen wir nicht hinter anderen Regionen in Deutschland und Europa zurückfallen.

Eine besonders aktuelle Herausforderung ist es, Räume für die Kreativwirtschaft und Kulturbetriebe zur Verfügung zu stellen, die durch die zunehmende Kommerzialisierung des öffentlichen Raums und die steigenden Immobilienpreise unter Druck geraten. Daneben sind die vorhandenen Mittel der Wirtschaftsförderung – Beratung, Vernetzung, Existenzgründungsberatung, Finanzierungshilfen, Förderung von Festivals oder Messeauftritten – in enger Zusammenarbeit mit den Verbänden zielgerichtet auszubauen.

Fortsetzung der Beantwortung siehe Frage 5.

Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um Hessen national wie international als Kreativstandort zu promoten?

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet. Es wird auf die Antwort der Frage 4 verwiesen sowie folgende Fortsetzung:

Die Wertschätzung kreativer Leistung wird auch durch die Hervorhebung der Branche im In- und Ausland unterstützt. Aufbauend auf den erfolgreichen Reisen von Kreativwirtschaftsdelegationen in die Niederlande (2014) und nach Mailand (2015), sollen auch in Zukunft entsprechende Delegationsreisen in strategisch relevante Länder angeboten werden, z. B. im Zusammenwirken mit Partnerländern der Frankfurter Buchmesse. Für die nationale und hessische Sichtbarkeit sind die Kreativ- und Kulturwirtschaftsberichte von besonderer Bedeutung, deren Erarbeitung wir weiterhin unterstützen wollen. Die Sichtbarkeit und öffentliche Wahrnehmung der hessischen Kultur- und Kreativwirtschaft wollen wir verbessern.

Hessen ist traditionell ein weltoffenes und kulturell vielfältiges Bundesland. Hessen Trade and Invest (HTAI), Hessen Agentur (HA), FrankfurtRheinMain GmbH (FRM) oder die Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH werben kontinuierlich national sowie international für Hessen als Kreativstandort. Darüber hinaus gibt es in Hessen zahlreiche Veranstaltungen und Institutionen, die große Aufmerksamkeit auf sich ziehen und die wir weiter fördern wollen, z.B. den bundesweit ersten Preis für nachhaltiges Kino oder auch die Frauen-Filmtage 2018/19, die wir ins Leben rufen werden. International gesehen lockt die Messe Frankfurt jedes Jahr Millionen Menschen aus dem In- und Ausland nach Südhessen während die Weltkunstausstellung documenta und das documenta-Institut in Kassel hochkarätige Kunst in Nordhessen bieten. Messen, Events und Festivals sollen einen Mehrwert für die gesamte hessische Kultur- und Kreativwirtschaft entfalten, wobei Großveranstaltungen wie die documenta häufig eine Strahlkraft auf die ganz Region ausüben und die lokale Kreativwirtschaft mit einbezogen ist.

Gerade Hessen mit einem Schwerpunkt Frankfurt / Rhein-Main ist geprägt durch die besondere Dichte potentieller Kunden für die Kreativwirtschaft sowie durch die Nähe zu den nötigen Investoren der Finanzwirtschaft. Die ansässige Finanzwirtschaft dominiert das Bild von Frankfurt. Dabei wird vergessen, dass die Region sich seit jeher als Standort für kreative Branchen wie z.B. als Standort klassischer Werbeagenturen auszeichnet. Dieses Potenzial gilt es wieder zum Leben zu erwecken. Die Schaffung von Kreativhäusern, welche durch Initiative einzelner Regionen oder bestimmten Bereichen der Kreativwirtschaft entstehen, sollen vom Land Hessen finanziell unterstützt und die Branche insgesamt sichtbar machen. Hierzu braucht es aufmerksamkeitsstarke Projekte, um die Kreativwirtschaft insgesamt darstellen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat es mit der Unterstützung der Gamescom für die Games- und Software Branche vorge-macht und die Messe zu einem internationalen Aushängeschild geformt. Die Unterstützung des Landes Hessen für die Präsentation der hessischen Games- und Softwarebranche bleibt bisher deutlich hinter ihren Möglichkeiten zurück. Dies wollen wir ändern.

Hessen und Frankfurt haben eine starke Stellung in der Kreativwirtschaft, aber wir müssen uns noch mehr anstrengen, um mit den großen Metropolen in Deutschland, Berlin, Hamburg, München mithalten zu können. Eine attraktive Kultur- und Kunstszene ist ein wesentliches Merkmal für einen starken Standort in der Kreativwirtschaft. Deshalb braucht es weiterhin ein starkes Engagement des Landes in der Kunst- und Kulturförderung aber auch in der Unterstützung der freien Szene und Avantgarde. Das wollen wir im Rahmen des Standortmarketings noch stärker herausstellen. Ganz wichtig ist uns außerdem Hessen und Frankfurt attraktiver für ausländische Talente und kreative Köpfe zu machen. Wir wollen ein Hessen-Stipendium für diese Zielgruppe einführen und gezielt für unseren Standort werben. Durch eine enge persönliche Betreuung im Rahmen von Mentoringprogrammen sollen ausländische Talente sich schneller in Hessen wohlfühlen und Anschluss finden. Es reicht nicht nur einen Job zu haben, auch das soziale Umfeld muss spannend sein.

DIE LINKE. Hessen setzt sich dafür ein, die hessische Film- und Kulturförderung weiter zu erhöhen. Außerdem muss es möglich sein, sowohl von Kommunen als auch vom Land Hessen gefördert werden. Die Regelung, die für manche öffentliche Töpfe gilt, dass eine hessische Förderung nur möglich ist, wenn eine kommunale Förderung stattgefunden hat, gehört ebenfalls abgeschafft. Um die Diversität der hessischen Kulturlandschaft zu fördern, sollte das Land Hessen vor allem auf dem Land, dort, wo es kaum Förderstrukturen gibt, eingreifen und Initiativen vor Ort fördern, bzw. die Kommunen vor Ort dabei unterstützen. Um international besser sichtbar zu werden, ist ein offensives Auftreten auf internationalen Festivals und eine Intensivierung der Städtepartnerschaften im Bereich Kultur wichtig. Auch können wir uns vorstellen, noch häufiger Gastgeber von Filmfestivals oder Messen zu sein. Wettbewerbe sollten auf andere Regionen, mit denen Hessen zusammenarbeitet, ausgeweitet werden.

„Kreative Szenen entwickeln sich meist im Off und sind wertvolle Impulsgeber. Welche Maßnahmen hält Ihre Partei für notwendig, um die Entwicklung kreativer Szenen zu unterstützen?“



Die CDU Hessen begrüßt die Arbeit lokaler Kreativ-Initiativen. Durch Veranstaltungen und Netzwerke können sie in ihrem Wirken unterstützt und überregionale Vernetzungen gefördert werden. Insbesondere ist hierbei auch das Finden geeigneter Räumlichkeiten ein Problem. Auf die Antworten zu der Frage 8 wird insoweit verwiesen.

Kunst und Kultur können sich nur in einer freien und demokratischen Gesellschaft voll entfalten. Sie müssen keinem Zweck dienen. Kultur entsteht dort, wo sie frei und unabhängig ist. Daher ist das Ziel unserer Kulturpolitik, den Freiraum der Kunst zu verteidigen und allen Menschen in Hessen die gleichen Chancen zu ermöglichen, an Kunst und Kultur teilzunehmen. Soziokultur und freie Theater, temporäre Aktionen, Installationen, Interventionen oder Kunst-Performances im Stadtraum initiieren Veränderungen und können Keimzellen neuer Szenen sein. Deshalb verdient die ganze Kultur- und Kreativwirtschaft unsere besondere Unterstützung. Dazu sollen Förderverfahren unbürokratischer und transparenter gestaltet werden. Wir wollen den Kulturverbänden mehr Freiheit und Eigenverantwortung bei der Förderung geben. Das Modellprojekt Soziokultur ermöglicht eine solch transparente und effektive Förderung. Die Fördergelder werden in Selbstverantwortung nach transparenten Kriterien an Zentren und Initiativen weitergegeben. Diese können für Projekte, ganzjährige Programme, Mitarbeiterschulungen, Betriebskosten und Weiteres eingesetzt werden. Wir GRÜNE möchten dieses Modellprojekt auch auf andere Bereiche wie die professionellen freien Theater ausweiten. Für Aktivitäten im Bereich Inklusion werden wir einen neuen Preis schaffen. In Hessen werden wir Exilresidenzen als Schutzraum für verfolgte Kunstschaffende einrichten. Auch eine Kultur des Scheiterns ist wichtig: Wir wollen, dass es gesellschaftlich akzeptiert wird, wenn Menschen, die etwas wagen, auch mal verlieren und wieder neu starten können. Das ehrenamtliche Kulturrengagement spielt in Hessen gerade in den ländlichen Räumen eine wichtige Rolle. Zwei Modellprojekte sollen ins Leben gerufen werden, um die kulturellen Aktivitäten einer Region besser zu vernetzen und bekannt zu machen.

Neben der monetären Unterstützung, das Einsetzen für niedrige Mieten und verbesserter Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, ist der hessischen SPD die Wertschätzung kreativer Leistung ein ganz besonderes Anliegen. Was ist kreative Leistung wert? Wie viel trägt sie zu Wertschöpfung bei? Ein herausragender Architektenentwurf steigert die Vermarktungschance einer Immobilie beträchtlich. Der Wert einer Marke, der durch kreative Leistungen geschaffen und erhalten wird, geht bei Top-Marken heute schon in die Milliarden. Hier muss die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen und unter dem Motto „Kreation braucht Respekt“ für eine entsprechende Vergütung von kreativ Tätigen bei öffentlichen Aufträgen und Ausschreibungen sorgen. Auch Institutionen wie die Landesrundfunkanstalten müssen bei Honoraren und Arbeitsbedingungen mit gutem Beispiel vorangehen. Urheber müssen auch in Zukunft eine angemessene Vergütung für die Nutzung ihrer Werke erhalten. Gerade Hessen mit seinem weltweit bedeutenden Finanzstandort Frankfurt / Rhein-Main ist in der Verantwortung in die Finanzwirtschaft hineinzuwirken, um die Bedeutung der Kreativität in und für die Wirtschaft einerseits und für den Wert der Kreativität als Grundlage kreativer Unternehmen deutlich zu machen. Staatliche Wirtschaftsförderung muss kreativen Unternehmen, Selbstständigen und Freiberuflern konkrete inhaltliche Hilfen für die eigene Entwicklung anbieten. Neben den örtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen entscheiden über den Erfolg und die weitere Entwicklung der Kreativwirtschaft in vielfacher Weise bundes- und europapolitische Themen wie die Fragen u.a. zum Urheberrecht, Datenschutz, „Netzneutralität“. Hier vermissen wir als hessische SPD bislang das selbstbewusste Eintreten für hessische Interessen seitens der Landesregierung. Da diese Themen unmittelbar die Lebens- und Arbeitswirklichkeit Kreativschaffender beeinflusst ist es Aufgabe von Landespolitik, sich für deren Themen auch außerhalb unseres Bundeslandes stark zu machen.

Die Kreative Szene benötigt vor allem Freiräume und Experimentierfelder, die nicht von außen vorgegeben werden. Deshalb sind wir Freien Demokraten der Überzeugung, dass sie mit ihrem kulturellen und künstlerischen Engagement in die Gesellschaft hineinwirken und eine Triebfeder für unsere zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen bilden. Die Szene zeichnet sich durch eine hohe Dynamik und Flexibilität aus, besonders aber durch ihre Innovationsfähigkeit und deshalb müssen die Förderinstrumente evaluiert und transparenter gestaltet werden, so dass den realen Anforderungen entsprochen werden kann. Sie benötigen insbesondere selbstverwaltete Freiräume, die sie nach ihren Bedürfnissen ausfüllen können und die nicht durch starre landespolitischen Vorgaben eingeschränkt werden dürfen.

Wir wollen die Förderung der Kreativwirtschaft so weiterentwickeln, dass Existenzgründerinnen und -gründer, kleinere, unbekanntere Gruppen oder Einzelkünstlerinnen und -künstler eine Chance erhalten, sich zu etablieren. Dies gilt sowohl für den Theaterbereich als auch für die Filmförderung oder die Spieleszene. Darüber hinaus sollten innovative Kunstformen wie Performances, Live-Spiele, Kunst im Netz etc. besser finanziert werden. Um als kleine Gruppe oder Einzelkünstler_in bestmögliche Startchancen zu bekommen, gehört die Eigenbeteiligung in der Kulturförderung hessenweit abgeschafft. Sich eine künstlerische Existenz aufzubauen, kostet Geld. Nur solche Menschen zu fördern, die bereits über erhebliches Eigenkapital verfügen, geht am Förderungssinn vorbei und wird dem künstlerischen Potenzial nicht gerecht. Auch die Förderung von kreativen Start-Ups und neuen Unternehmensformen gerade im digitalen Bereich sollte ausgeweitet und vor allem transparenter und unkomplizierter gestaltet werden. Kleine Start-Ups, Gruppen oder Einzelpersonen ohne eigenes Kapital aber mit hohem Potenzial, Kreativität und Diversität sollten besonders gefördert werden.

Die Unternehmen und Akteure der Kreativwirtschaft stehen vor der Herausforderung, ihre Geschäftsmodelle zu internationalisieren. Wie könnten geeignete Fördermöglichkeiten für die Kreativwirtschaft aussehen?



Auf die Antworten zu den Fragen 4 und 5 wird verwiesen.

Vereinfachte Antrags- und Abrechnungsverfahren im Kulturbereich haben die Unternehmen von Bürokratie entlastet. Dieses Modell wollen wir ausdehnen und den Kulturverbänden dafür mehr Freiheit und Eigenverantwortung geben. So schaffen wir den Unternehmen die nötige Luft, ihre Geschäftsmodelle, wo es nötig ist, zu professionalisieren und danach ihre Aktivitäten zu internationalisieren. Wir haben Hessen zum Gründerland Nummer 1 unter den Flächenländern gemacht, indem wir das Klima für Gründerinnen und Gründer in den letzten Jahren deutlich verbessert und die Beratung, Vernetzung und Kreditvergabe ausgebaut haben. Die Landesregierung kann eine wichtige Rolle beim nationalen und internationalen Standortmarketing übernehmen. Dies erleichtert den Markteintritt der Kultur- und Kreativschaffenden auf neuen Märkten.

Um internationalerfolgreich zu sein, bedarf es guter Rahmenbedingungen vor Ort. Dazu gehören gut ausgebildete Fachkräfte. Im Dialog mit Unternehmensvertretern wurde zunehmend der Fachkräftemangel in der Branche genannt und die damit verbundene Konsequenz international nicht bestehen zu können. Ein Schwerpunkt für die hessische SPD ist daher eine gute Bildung und Nachwuchsförderung. Hessen hat alle Möglichkeiten junge Menschen für kreative Berufe zu sensibilisieren, zu begeistern, ihre Ausbildung zu fördern und sie somit auch an den Wirtschaftsstandort Hessen zu binden. Die Rahmenbedingungen im Bereich der beruflichen Ausbildung unterscheiden sich innerhalb der Teilkcluster der Kreativwirtschaft gewaltig. Die partnerschaftliche Aufgabe von Landespolitik ist es, diese gemeinsam mit Unternehmen und Gewerkschaften zu koordinieren und zu verbessern. Um am Markt mit künstlerischen und kreativen Ideen und Produkten erfolgreich zu sein, bedarf es neben besserer Vernetzung vor allem einer stärkeren Vermittlung von Rahmenbedingungen. Die Etablierung eines Berufsbildes Kreativkauffrau/-mann für den Bereich der dualen Ausbildung ist für uns erstrebenswert. Hochschulstudiengänge (wie z.B. Mediendesign u.a. kreativwirtschaftliche Studiengänge, aus denen viele Selbstständige und Freiberufler hervorgehen) sollten um thematisch entsprechende Pflichtseminare ergänzt werden. Auch werden wir uns dafür einsetzen neue Ausbildungsorte wie die Games Academy zu unterstützen und zu fördern.

Wichtig für die weitere Internationalisierung der Geschäftsmodelle sind internationale Kontakte. Deshalb wollen wir Akteure aus der Kreativwirtschaft beispielsweise im Rahmen von Delegationsreisen stärker mit einbeziehen. Wirksam ist es außerdem die Präsenz bei internationalen branchen- und szenespezifischen Veranstaltungen, Messen, Ausstellungen, Festivals zu steigern. Dazu wollen wir gerne beitragen. Auch durch international ausgerichtet Wettbewerbe in Hessen und die Unterstützung hessischer Unternehmen bei der Teilnahme an internationalen Wettbewerben anderswo werden die Marktchancen für einheimische Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft verbessert.

Zur Internationalisierung der Geschäftsmodelle gibt es bereits internationale Messen und Plattformen wie z.B. Arts+. Plattformen wie diese zur Vernetzung und zum Austausch will DIE LINKE erhalten und bei Bedarf ausbauen. Weitergehend kann die öffentliche Hand beratend bei der Internationalisierung von Geschäftsmodellen fungieren, wenn es um Unklarheit bei der Geschäftsabwicklung, komplexere Geschäftsabwicklungen Zolldifferenzen usw. geht. Auch kann die öffentliche Hand bei sogenannten Study Visits im internationalen Kontext behilflich sein, bei denen man die Projektentwicklung anderer Länder kennenlernt und von den gemachten Erfahrungswerten lernt.

„Vor allem in den urbanen Zentren von FrankfurtRheinMain gelingt es den Akteuren der Kreativwirtschaft immer weniger geeignete Arbeitsräume zu finden. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um diesem Umstand entgegen zu wirken?“



Die Fragen 8 und 9 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.

Ziel der CDU Hessen ist es, preisgünstige Räume für Kreative zu schaffen und zu fördern. Die Verfügbarkeit günstiger Büro- und Atelierräume insbesondere für Kreative in der Professionalisierungsphase ist insbesondere im Ballungsraum, aber auch in vielen anderen Kommunen ein Problem. Aus diesem Grund wurde 2016 in Form eines Beauftragten eine hessische Kreativraumberatung als landesweite Anlauf- und Beratungsstelle geschaffen. Aufgabe des Ansprechpartners als Landesbeauftragter ist es, Kreativschaffende und Kommunen bei der Schaffung preisgünstiger Räume für Kreative zu beraten. Die Stelle soll zudem zwischen öffentlichen Stellen, privaten Immobilieneigentümern und Kreativinitiativen vermitteln, um preisgünstigen Raum zur Nutzung durch Kreative zu erschließen. Dies kann auch im Rahmen von Zwischennutzungen erfolgen. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir fortsetzen. Selbstverwaltete Kreativzentren und -häuser haben sich zudem als sinnvolle Angebote erwiesen, die insbesondere den Interessen junger Kreativer entsprechen und zugleich positive Impulse für die Stadtentwicklung setzen. Häufig werden diese Kreativzentren oder -häuser als Leerstands-Zwischennutzung eingerichtet und mit Mitteln der Mieter hergerichtet, wofür im Gegenzug günstiger Mietzins gewährt wird. Zudem schätzen viele Kreative den Austausch und die Kooperationsmöglichkeiten mit anderen in diesen Zentren. Ziel muss es sein, Leerstand und andere geeignete Räume in den Ballungsgebieten wie im ländlichen Raum für Kreative zu identifizieren und bei Bedarf eine entsprechende Nutzung zu befördern. Darüber hinaus sollen Kommunen und Kreativinitiativen bei der Entwicklung geeigneter Nutzungs- und Finanzierungskonzepte unterstützt und über Fördermöglichkeiten und Ansprechpartner beraten werden. Auch der Austausch zwischen Vertretern der Immobilien- und Kreativwirtschaft und die Vernetzung bestehender Kreativzentren ist ein wichtiger Baustein dieses Ansatzes. Mit einem neuen, gesonderten Raumprogramm sollen Vereine, Künstler und Institutionen gefördert werden, die für einen begrenzten Zeitraum Räumlichkeiten für künstlerische Zwecke benötigen. Hierfür sind 2018 und 2019 jeweils 200.000 Euro vorgesehen.

Die Raumfrage ist im Ballungsraum FrankfurtRheinMain mit seinen steigenden Mieten und chronisch knappem Raumangebot eine Herausforderung nicht nur für die Kultur- und Kreativwirtschaft. Die Geschäftsstelle Kultur- und Kreativwirtschaft soll bei der Suche nach Räumen behilflich sein, gleich, ob diese als Atelier, Lesecafé, Proberaum, Labor, Showroom oder anderes dienen. Das ist möglich etwa in (temporär) ungenutzten Liegenschaften des Landes, im öffentlichen Raum oder mit mobilen Bühnen. Die Geschäftsstelle Kultur- und Kreativwirtschaft der Hessen Agentur (HA) soll die Kultur- und Kreativwirtschaft in diese Richtung unterstützen, frühzeitig freiwerdende Räume erfassen und so Leerstandszeiten minimieren. Coworking-Spaces bieten ebenfalls ein hohes Potential für die Raumversorgung. Weiterhin werden wir vergünstigte Büroräume anbieten. Zusätzlich werden wir ein Programm zur Instandsetzung von Kreativräumen und ein Atelierprogramm auflegen. Die Angebote der Städtebauförderung werden wir bekannter machen, damit sie mehr genutzt werden.

Wir wollen Kommunen unterstützen, dort günstige Flächen für kleine Unternehmen und Gründerinnen und Gründer zur Verfügung zu stellen, wo der Immobilienmarkt angespannt ist. Hierbei braucht es insbesondere Kreativität für Umnutzung und Entwicklung sich veränderter Quartiere.

Immer mehr Menschen leben und arbeiten im Ballungsraum Frankfurt. Nicht nur die Preise für Grundstücke und Wohnungen steigen, sondern auch für gewerblich genutzte Flächen und davon ist auch die Kultur- und Kreativwirtschaft betroffen. Das Problem kann nur durch mehr Wohnraum und eine schnellere Ausweisung von Flächen gelöst werden. Wir wollen nicht den vorhandenen Mangel besser verwalten, sondern setzen auf die Erschließung zusätzlicher Flächen und die Senkung der Baunebenkosten durch eine Reduzierung der Grunderwerbssteuer, Abdämpfung der Grundsteuern und Moratorium bei der weiteren Verschärfung von Energieeinsparvorschriften, die in der gegenwärtigen Situation zu den drastisch steigenden Immobilienpreisen beitragen. Auch kreative Formen der Bebauung und kluge Konzepte der Nachverdichtung können helfen die Probleme zu lindern. Für uns ist klar, dass wir eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung nur sichern, wenn Gewerbeflächen nicht gegen Wohnflächen ausgespielt werden. Es macht keinen Sinn Büros und Ateliers in Wohnraum umzuwandeln, weil durch die Verlagerung der Arbeitsorte nur neue Probleme, beispielsweise mehr Pendlerverkehre, entstehen. In Frankfurt besteht noch erhebliches Potential bisher ungenutzte Flächen zu aktivieren und die Nutzungsqualität der Bestandsflächen zu verbessern.

Ähnlich wie beim sozialen Wohnungsbau gibt es auch im Bereich der Kreativräume einen akuten Mangel. Dies führt dazu, dass geeignete Räume für kleinere Initiativen, Start-Ups oder Künstlerinnen und Künstler kaum noch bezahlbar sind. DIE LINKE. Hessen fordert hier, Räumen im öffentlichen Besitz zu günstigen Konditionen zur Verfügung zu stellen oder auch zusätzliche Räume, z.B. in leerstehenden Bürogebäuden o.ä. hierfür zu nutzen. Bei der Umsetzung des Kulturcampus in Frankfurt Bockenheim, an dessen Realisierung das Land Hessen in Millionenhöhe beteiligt ist, wurde unserer Ansicht nach die Chance verpasst, einen wirklich niedrigschwelligen Raum des Austausches und der Kreativität zu schaffen. Hier sollten vielmehr öffentliche, kostenfreie oder zumindest bezahlbare Räume zur Verfügung gestellt werden. Probenräume für freie Theatergruppen, Räumlichkeiten für kleine Start-Ups, Bildungsräume und Orte des Austausches sollten hier stattfinden, um dem Label Kulturcampus gerecht zu werden. Nach diesem Muster sollten in ganz Hessen Kulturzentren entstehen, die diesen Namen auch verdienen und jedem/r offenstehen sollten, der sie nutzen möchte. Gerade für innovative Gruppen und Start-ups ist es wichtig, den Arbeitsmittelpunkt direkt in den Zentren zu haben. Diesem Umstand muss Rechnung getragen werden. Gründer- oder Start-Up-Zentren gehören zu einer aktiven Wirtschaftsförderung dazu.

„Zwischennutzungen sind für kreative Akteure eine Möglichkeit Vorhaben und Projekte zu realisieren. Welche Maßnahmen will ihre Partei ergreifen Zwischennutzungen zu befördern?“



Die Fragen 8 und 9 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.

Ziel der CDU Hessen ist es, preisgünstige Räume für Kreative zu schaffen und zu fördern. Die Verfügbarkeit günstiger Büro- und Atelierräume insbesondere für Kreative in der Professionalisierungsphase ist insbesondere im Ballungsraum, aber auch in vielen anderen Kommunen ein Problem. Aus diesem Grund wurde 2016 in Form eines Beauftragten eine hessische Kreativraumberatung als landesweite Anlauf- und Beratungsstelle geschaffen. Aufgabe des Ansprechpartners als Landesbeauftragter ist es, Kreativschaffende und Kommunen bei der Schaffung preisgünstiger Räume für Kreative zu beraten. Die Stelle soll zudem zwischen öffentlichen Stellen, privaten Immobilieneigentümern und Kreativinitiativen vermitteln, um preisgünstigen Raum zur Nutzung durch Kreative zu erschließen. Dies kann auch im Rahmen von Zwischennutzungen erfolgen. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir fortsetzen. Selbstverwaltete Kreativzentren und -häuser haben sich zudem als sinnvolle Angebote erwiesen, die insbesondere den Interessen junger Kreativer entsprechen und zugleich positive Impulse für die Stadtentwicklung setzen. Häufig werden diese Kreativzentren oder -häuser als Leerstands-Zwischennutzung eingerichtet und mit Mitteln der Mieter hergerichtet, wofür im Gegenzug günstiger Mietzins gewährt wird. Zudem schätzen viele Kreative den Austausch und die Kooperationsmöglichkeiten mit anderen in diesen Zentren. Ziel muss es sein, Leerstand und andere geeignete Räume in den Ballungsgebieten wie im ländlichen Raum für Kreative zu identifizieren und bei Bedarf eine entsprechende Nutzung zu befördern. Darüber hinaus sollen Kommunen und Kreativinitiativen bei der Entwicklung geeigneter Nutzungs- und Finanzierungskonzepte unterstützt und über Fördermöglichkeiten und Ansprechpartner beraten werden. Auch der Austausch zwischen Vertretern der Immobilien- und Kreativwirtschaft und die Vernetzung bestehender Kreativzentren ist ein wichtiger Baustein dieses Ansatzes. Mit einem neuen, gesonderten Raumprogramm sollen Vereine, Künstler und Institutionen gefördert werden, die für einen begrenzten Zeitraum Räumlichkeiten für künstlerische Zwecke benötigen. Hierfür sind 2018 und 2019 jeweils 200.000 Euro vorgesehen.

Das Thema Zwischennutzung soll als ein wesentliches Element in die allgemeine Stadtplanung integriert werden. Auch mobile Bühnen, Brachflächen und -gebäude sind geeignet für viele Bedarfe. Zwischennutzungsmanagement wird erleichtert durch das frühzeitige Erfassen von Auszügen und Leerständen. Die hessische Geschäftsstelle Kultur- und Kreativwirtschaft ist die geeignete Drehscheibe dafür. Vorbilder für die hessenweite konkrete Ausgestaltung können das Projekt RADAR in Frankfurt am Main sein.

Im gemeinsamen Dialog möchten wir mit den Akteuren der Branche über mögliche Wege zur Zwischennutzung beraten.

Für dieses Problem haben wir kein spezielles Konzept. Es ist und bleibt eine Aufgabe der Akteure, Mieter, Vermieter, Eigentümer entsprechende Lösungen zu finden. Das kann dann gut gelingen, wenn es ein Klima gibt, indem Projekte als spannende Bereicherung für ein Wohnquartier oder Viertel angesehen werden.

Das Land Hessen, die Kommunen und die öffentlichen Gesellschaften sollten auch eigene Flächen zur Zwischennutzung Verfügung stellen.

Wie will Ihre Partei die vielfältige Film- und Medienfestivalszene künftig unterstützen? Welchen Festivals messen Sie eine besondere Rolle zu und warum?



Die Film- und Festivalszene in Hessen ist vielfältig aufgestellt. Dazu gehören z. B. das „exground filmfest“ oder das „goEast“ in Wiesbaden, aber auch über 20 weitere Festivals in Hessen, die sich im Film- und Kinobüro Hessen e. V. koordinieren. Sie bilden die Vielfalt des Medien- und Kulturstandortes Hessen ab und verstärken dessen nationale und internationale Sichtbarkeit und Vernetzung. Gleichzeitig sind sie unbestreitbar wichtige wirtschaftliche Faktoren für die jeweilige Kommune. Ihre Förderung werden wir daher fortsetzen und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel verstärken. Das Juryverfahren werden wir beibehalten.

Hessen verfügt über eine große Vielfalt von Film- und Medienfestivals, die pro Jahr mehr als 100.000 BesucherInnen erreichen. Wir wollen Festivals noch stärker fördern als bisher und uns für größere Transparenz und mehr Flexibilität bei der Förderung stark machen. Denn Kunst und Kultur brauchen Freiheit und eine nachhaltige Förderpolitik. Wir GRÜNE möchten Frauen im Film die Aufmerksamkeit zuteilwerden lassen, die ihnen zusteht, ob als Schauspielerinnen oder Regisseurinnen. Daher haben wir mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 u.a. die Förderung von Frauen-Filmtagen ermöglicht. So kann auch das wertvolle Filmerbe von Frauen erhalten, besser gepflegt und sichtbarer gemacht werden.

Durch eine vereinfachte Antragstellung und Bagatellgrenzen für kleinere Projekte in Produktion und Abspiel, für Kunstfilm bzw. Kinos & Festivals, soll die Antragstellung für die Förderung erleichtert werden. Für die Festivals wollen wir eine einheitliche Vergabe durch eine Fachjury bei HessenFilm für jeweils drei Jahre. Bei den Filmfestivals geht es vor allem darum, die Vielfalt zu erhalten.

Wir sehen in den mehr als 25 Film- und Medienfestivals eine Bereicherung der Kulturlandschaft aber auch eine Plattform für Künstler und Künstlerinnen und Filmschaffende im Rahmen der kultur- und kreativwirtschaftlichen Sektor. Eine Fortführung aber auch Weiterentwicklung stehen wir positiv gegenüber und setzen auch weiterhin auf eine finanzielle Unterstützung, die selbstverständlich große Festivals wie goEast aber auch kleine Festivals und die Nachwuchsförderung wie bspw. die Werkstatt der jungen Filmszene umfasst. Eine punktuelle Nennung oder ein Herausheben von bestimmten Festivals wird unserer Ansicht der Bedeutung und der Vielfalt der Festivals für die Film- und Medienlandschaft und im kulturellen Bereich nicht gerecht, zumal wir diesbezüglich auch auf den Dialog mit den Beteiligten setzen, um Schwerpunkte zu setzen.

Festivals wie das Lichter Filmfest in Frankfurt sind von enormer Bedeutung, gerade auch für die regionalen Filmschaffenden – ebenso wie die vielfältigen kleineren Veranstaltungen in ganz Hessen. Die Landesförderung für diese Veranstaltungen muss dringend beibehalten und ausgebaut werden.

„Kürzlich wurde der Deutsche Filmförderfonds aufgestockt, ebenso andere Länderfilmförderungen. Wie steht Ihre Partei zur Film- und Medienförderung in Hessen? Welche konkreten Strategien verfolgen Sie für die HessenFilm- und Medien GmbH?“



Eine starke Filmwirtschaft ist für Kino, Fernsehen und Werbung, aber auch gerade in Zeiten des digitalen Wandels für die Wirtschaft von großer Bedeutung. Deshalb wollen wir den Filmstandort Hessen im Wettbewerb weiter stärken. Wir wollen Hessen für alle Genres des audiovisuellen Schaffens als international wettbewerbsfähigen Produktionsort etablieren, Arbeitsplätze in der Produktionswirtschaft schaffen und sichern und dem Kultur- und Wirtschaftsgut Film unter Einschluss von seriellen Formaten und Animation eine auch wirtschaftlich tragfähige Grundlage geben. Die in dieser Legislaturperiode geschaffene HessenFilm- und Medien GmbH ist dabei das Kernstück der hessischen Filmförderung. Mit ihr haben wir, z. B. durch die Mitgliedschaft in Focus Germany, Hessens Rolle als Film- und Medienland gestärkt. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und haben z. B. das Budget um 1 Millionen Euro erhöht, darunter 200.000 Euro für die Förderung von Medien (z. B. Postproduktion) und 500.000 Euro Investitionsmittel für Lichtspieltheater.

Seitdem wir GRÜNE wieder mitregieren, haben wir den Kurs der hessischen Kulturpolitik geändert. Die vor unserer Regierungsbeteiligung zersplitterte hessische Filmförderung wurde, wie von der Filmbranche gefordert, zu einer Filmförderung unter dem Dach der HessenFilm- und Medien GmbH zusammengeführt. Sie ist mit 11,5 Millionen Euro finanziell deutlich besser ausgestattet. So konnte Hessens Filmförderung auch im Dachverband Focus Germany aufgenommen werden. Dies wurde lange gefordert und haben wir nun endlich realisiert. Wir wollen die positive Entwicklung der hessischen Film- und Medienwirtschaft als Motor der Kreativwirtschaft unterstützen und konsequent fortsetzen. Um Hessen zu einem kulturell und wirtschaftlich prosperierenden Film- und Medienstandort zu machen, müssen die bestehenden Angebote und Maßnahmen im Bereich Film und Medien weiterentwickelt werden. Dies wollen wir in enger Abstimmung mit der Branche und ihren Organisationen umsetzen. Die Mittel für die Filmförderung wollen wir ausbauen sowie flexibler, transparenter und gerechter machen. Die Förderung des Nachwuchses soll eine wichtige Rolle spielen, denn wir wollen, dass Nachwuchstalente in Hessen bleiben. Als Sitz wichtiger filmkultureller Einrichtungen soll sich Hessen verstärkt für den Erhalt des Filmerbes engagieren. Wir setzen uns auch dafür ein, dass es mehr direkte Zuschüsse anstatt als Darlehen vergebene Filmförderungsmittel gibt. Bereits in dieser Legislaturperiode konnten wir erreichen, dass die Verzinsung von Bürgschaftsmitteln, die Filmschaffende im Rahmen der wirtschaftlichen Filmförderung in Anspruch nehmen können, von derzeit zwei Prozent auf zunächst ein Prozent gesenkt werden konnten. Daneben wurde 2017 die Filmförderung um eine Million Euro erhöht sowie Darlehensmittel von einer Million Euro in direkte Zuschüsse umgewandelt. Dies ist ein erster großer Schritt, mit dem wir uns nach und nach der Fördersystematik des Bundes und andere Länder annähern wollen.

Trotz der neu konzeptionierten Film- und Medien GmbH ist es nach deren Startphase nicht gelungen, die hessische Filmförderung auf Augenhöhe mit anderen Bundesländern zu bringen; trotz vereinzelter künstlerischer und wirtschaftlicher Erfolge weist die hessische Produktionslandschaft in der Struktur weiterhin erhebliche Defizite auf. Wir wollen die hessische Produktionsstruktur in allen Sparten stärken, dort den Nachwuchs unterstützen und zusätzliche Abspielmöglichkeiten für hessische Filme erschließen. Auch wollen wir mit geeigneten Projekten eine stärkere Aufmerksamkeit für die Filmszene in Hessen erreichen. Dazu sollen in Absprache mit den bestehenden Institutionen in Hessen von DIF und Murnau-Stiftung über Hessenfilm bis zu Filmhaus und Filmbüro geeignete Vorschläge entwickelt und umgesetzt werden. Wir wollen dabei auch den verloren gegangenen Dialog mit Filmbranche und Filmszene reaktivieren. Wir unterstützen die weitere Umwandlung der Filmförderung von einer Kreditförderung hin zu Zuschüssen verbunden mit einer schrittweisen Aufstockung der Mittel. Dabei wollen wir die Servicequalität und die Transparenz der Förderung verbessern.

Hessen ist ein hoch qualifizierter und dynamischer Standort für Film und Medien. Die wirtschaftliche Filmförderung muss fortgeführt werden. Wir werden sicherstellen, dass die finanziellen Mittel nicht in die Verwaltung und Organisation der HessenFilm und Medien GmbH fließen, sondern tatsächlich den Filmschaffenden und Künstlern zugutekommen. Die hessische Filmproduzenten-Struktur muss nach wie vor konsequent weiterentwickelt werden. Ferner benötigen der Dokumentarfilmbereich und der Bereich des Kurz-/Experimentalfilms Unterstützung im Bereich der Vernetzung, des Qualitätsmanagements und der Anschubfinanzierung. Das HessenFilm-Invest-Programm muss unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Branche fortgeführt und auch für andere Kreativbranchen geöffnet werden.

Die Film- und Medienförderung in Hessen muss beibehalten und wenn nötig auch weiter ausgebaut werden. Dabei sollte aber auch darauf geachtet werden, dass die Förderung von alternativen und kulturellen Projekten nicht hinter der Förderung prestigeträchtiger „Kassenschlager“ auf der Strecke bleiben. Eine besondere Bedeutung soll weiterhin die Förderung junger Filmschaffender haben, die erste eigene Projekte verwirklichen wollen.

Welche Ziele hat Ihre Partei für die hessische Film- und Medienakademie (hFMA)?

Die dem hFMA-Netzwerk angeschlossenen Hochschulen bilden den akademischen Nachwuchs der Film- und Medienschaffenden in Hessen aus. Die hFMA fördert einerseits die Qualität der akademischen Ausbildung, andererseits die Vernetzung regionaler Player. Sie macht den Ausbildungs-, Film- und Medienstandort Hessen und den Nachwuchs des Landes Hessen regional und bundesweit sichtbar. Das Potential der hFMA als Netzwerkverbund ist aber noch nicht ausgeschöpft. Das Ziel sollte aus unserer Sicht sein, dass ein professionell aufgestellter Nachwuchs für die von der HessenFilm und Medien GmbH zu vergebenden Talentpaketförderungen oder für eine Debutfilmförderung infrage kommt.

Die hessische Film- und Medienakademie hat sich seit ihrer Gründung im Oktober 2007 zu einem sehr aktiven und sichtbaren Netzwerk der hessischen Hochschulen entwickelt. Die Vernetzung von 13 hessischen Hochschulen schafft Synergien und stärkt so die Film- und Medienlandschaft Hessens. Daher fördern wir die hFMA auch jährlich mit 250.000 Euro. Wir GRÜNEN befürworten und fördern die Kooperation von Hochschulen. Gleichzeitig ist die Autonomie unserer Hochschulen zu beachten, dies betrifft auch die inhaltliche Zielsetzung der Hochschulen, wobei über die Zielvereinbarungen und den Hochschulpakt auch Vereinbarungen mit der Politik getroffen werden. Auf diese Weise wollen wir auch in der kommenden Wahlperiode verfahren. Wir sind von der Arbeit, die die hFMA leistet überzeugt und werden sie daher auch in Zukunft weiter unterstützen.

Die Film- und Medienakademie muss fortgeführt und ihre Arbeit sogar ausgebaut werden. Dies muss in enger Kooperation mit der Film Commission Hessen geschehen, die zwar eingerichtet wurde, um die es aber sehr still geworden ist. Insbesondere der Hochschulfilm und die Kurzfilme bedürfen der Förderung. Dies gilt auch für Dokumentarfilme, die aus der Akademie hervorgehen.

Wir werden die Arbeit der hessischen Film- und Medienakademie auch weiterhin positiv begleiten und in ihrer Arbeit unterstützen. Wir sehen derzeit kein konkreten Änderungsbedarf, stehen aber diesbezüglichen Gesprächen ergebnisoffen gegenüber.

Die hFMA leistet eine wichtige hochschulübergreifende Arbeit. Diese wollen wir selbstverständlich weiter unterstützen. Mit beteiligten Hochschulen wollen wir nach Wegen suchen, diese Arbeit noch zielgerichteter fortzuführen.

Was tut Ihre Partei, um die Kulturstätte Kino zu erhalten? Wie steht Ihre Partei konkret zu einer Anschlussförderung im Bereich der Digitalisierung der Kinos? Ist aus Sicht Ihrer Partei eine inhaltsbezogene Förderung von Kinos notwendig und wie könnte diese aussehen?



Multiplexe, Digitalisierung und Home-Entertainment erschweren zunehmend den mittelständischen Kinobetrieb. Viele Kinos müssen seit Jahren einen Besucherrückgang verzeichnen, dem aber hohe Kosten gegenüberstehen. Für die hessischen Kinos besteht vor allem die Möglichkeit der Abspielförderung, die Aufgabe der HessenFilm und Medien GmbH ist. Diese Fördermaßnahme umfasst sowohl Festivals, Filmreihen als auch Veranstaltungen der Kinos, bei denen herausragende Filmprogramme gezeigt oder Programme mit einem angemessenen Anteil europäischer, deutscher und hessischer Filme präsentiert werden. Ebenso stehen Fördermittel der HessenFilm und Medien GmbH für sonstige Abspielmaßnahmen zur Verfügung wie z. B. Marketingaktionen oder einzelne Modernisierungsvorhaben. Daneben werden im Rahmen der Vergabe des Hessischen Film- und Kinopreises kommunale Kinos und gewerbliche Programmkinos mit vorwiegend europäischem Programm gefördert. Insgesamt können Preisgelder in Höhe von 75.000 Euro auf gewerbliche und 20.000 Euro auf kommunale Kinos verteilt werden. Die Richtlinie zur Abspielförderung der Filmförderungsanstalt (FFA) nimmt vor allem die Unterstützung der ländlichen Kinos bereits in den Blick. Sie sieht vor, dass der Förderempfänger verpflichtet ist, 2 bis 5 % der Filmkopien in Kinos in Orten oder räumlich selbstständigen Ortsteilen mit in der Regel bis zu 20.000 Einwohnern einzusetzen. Wir wollen uns in Hessen weiterhin für einen möglichst flächendeckenden Zugang zur gesamten Breite filmischen Schaffens einsetzen. Dazu gehören für uns nicht nur große internationale und oft publikumsstarke Produktionen, sondern auch Dokumentar- und Autorenfilme.

Die Festigung der bestehenden Kinolandschaft, gerade auch im ländlichen Raum, ist uns GRÜNEN ein zentrales Anliegen. Ein besonderes Augenmerk auf die Kinos haben wir mit der erstmaligen Investitionsförderung von jeweils 500.000 Euro pro Jahr im Doppelhaushalt 2018/19 gelegt. Dieses Kinoinvestitionsprogramm wurde von der Branche lange gefordert, denn nach der Digitalisierung der Kinos stehen weitere Investitionen an, damit sie auf Dauer überlebensfähig sind. Diese weitergehende Förderung ist aus unserer Sicht notwendig und ein aktiver Beitrag gegen das Kinosterben, insbesondere im ländlichen Raum. Einer mitunter inhaltsbezogenen Förderung von Kinos stehen wir zum Beispiel beim Thema Nachhaltigkeit offen gegenüber. So haben wir mit dem hessischen Preis für nachhaltiges Kino, den wir GRÜNEN initiiert haben, bereits heute schon einen Anreiz für Kinos gesetzt, sich mit der Umsetzung nachhaltiger Konzepte zu befassen. Die Kinos müssen dabei Kriterien in den drei Bereichen der Nachhaltigkeit – Ökonomie, Ökologie und Soziales – erfüllen. Das reicht von einer energieeffizienten Technik über regionale und ökologische Snackangebote, einem gutem Arbeitsklima bis hin zur Filmauswahl.

Die Programmkinos in Hessen werden gefördert. Sie sind fester Bestandteil des Hessischen Filmpreises. Wir begrüßen ausdrücklich die Digitalisierung auch dieser Kinos und sind diesbezüglich auch schon tätig geworden. Eine inhaltsbezogene Förderung sehen wir nicht für geboten. Die Programmkinos müssen die Freiheit haben ihr Programm so zu gestalten, wie sie es für angemessen halten.

Wir Freie Demokraten setzen sowohl auf die Fortführung der kulturellen als auch der wirtschaftlichen Filmförderung und sehen die Notwendigkeit, die Modernisierung durch Digitalisierung der Kino auch zukünftig zu unterstützen, um sie zu erhalten und zukunftsfähig zu machen.

Die verbliebenen selbstständigen und kommunalen Lichtspielhäuser und Programmkinos müssen als Kulturrorte besonders geschützt und gefördert werden. Das betrifft auch die Unterstützung bei notwendigen Investitionen in digitale Abspieltechnik, die nicht existenzbedrohend sein darf.

Welchen kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wert misst Ihre Partei Computer- und Videospiele bei?

Computerspiele sind Bestandteil des Medienkonsums vieler Menschen. Zahlreiche Künstler arbeiten in diesem Bereich zusammen. Dies reicht von Graphikern und Programmierern über Komponisten bis hin zu Drehbuchautoren. Wie alle Erzeugnisse der Kultur- und Kreativwirtschaft haben sie damit häufig einen Doppelcharakter: Sie sind Wirtschaftsprodukt und Kulturgut gleichermaßen. Sie dienen in erster Linie der Unterhaltung, können jedoch auch gesellschaftlich wichtige Themen an Gruppen transportieren, die auf anderen Wegen weniger zugänglich sind, wie z. B. einer der letztjährigen Träger des Deutschen Computerspielpreises „Orwell“, ein Social-Awareness-Game. Auch können sie mit großem Erfolg im Bildungsbereich eingesetzt werden.

Computer- und Videospiele dienen nicht nur der Unterhaltung, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zu Lehr- und Trainingszwecken. Teilweise erlangen sie sogar Kultstatus und prägen eine ganze Generation. Hessen hat sich mittlerweile zu einem sehr erfolgreichen Standort in der Games-Industrie entwickelt. 2017 wurde beispielsweise ein Unternehmen aus Frankfurt mit dem Preis für das beste Computerspiel ausgezeichnet. Die technologischen und kreativen Impulse, die von dieser Branche ausgehen, sind in jedem Fall beachtenswert. Auch wirtschaftlich betrachtet sind Unternehmen der Computer- und Videospiele sehr wichtig. Seit 2009 stiegen die Umsätze in dieser Branche stetig an, was sich in einer zunehmenden Beschäftigung niederschlägt.

Wie bereits in anderen Antworten beschrieben, ist die Games-Branche ein wichtiger Teil der Kreativ- und Kulturwirtschaft. Wir wollen für die starke Games- und Software-Branche eine Förderung neuer Technologien, in Anlehnung an Nordrhein-Westfalen und Bayern, im Dialog mit der Branche einführen.

Der Bereich der Computer- und Videospiele hat für Hessen und insbesondere Frankfurt eine sehr große wirtschaftliche Bedeutung. Hier haben viele internationale Unternehmen der Entertainmentbranche ihren Sitz. Neben der wirtschaftliche Bedeutung sind Computerspielehersteller als technologische Vorreiter von großer Bedeutung. Viele Entwicklungen im Bereich Grafik, visuelle Datenverarbeitung, virtuelle Realität, Sprach- und Gestensteuerung werden hier vorangetrieben und können dann beispielsweise für Anwendungen in der Automobilindustrie (autonomes Fahren), bei digitalen Lernmedien oder im Zusammenhang von Fabrik 4.0 und augmented reality in Zukunft von sehr großer Bedeutung werden. Auch wichtige Themen wie agile Arbeitsstrukturen und digitale Kollaboration werden hier voraus gedacht.

Computer- und Videospiele sind für DIE LINKE Teil der kulturellen Vielfalt der Medienlandschaft. Spielen, in welcher Form auch immer, war, ist und bleibt Teil des kulturellen Austausches in allen Gesellschaften. Und genauso wie z.B. das Medium Film reicht auch das Medium Computer- bzw. Videospiele von kulturell hoch anspruchsvollen bis hin zu absatzorientierten und massentauglichen Produktionen. Computer- und Videospiele beinhalten dabei eine Form der Interaktion die andere Medien nicht bieten können: der direkte Einfluss des oder der Spielenden in die Handlung. Es ist daher erfreulich, dass es in den vergangenen Jahren immer mehr Kunst- und Kulturschaffende im Bereich der Computer- und Videospielebranche gibt, die diese Möglichkeit dazu nutzen, sowohl Lerninhalte spielerisch zu vermitteln, als auch z.B. dem oder der Spielenden moralische Entscheidungen im Spielverlauf abzuverlangen oder die den Kunstschaffenden und mit Kunst interagierenden Aspekt in den Vordergrund des Spielerlebnisses stellen.

„Wie steht Ihre Partei zur Einführung einer eigenständigen, substantiellen Games-Förderung in Hessen? Wie könnte diese Förderung aussehen?“



Im Haushalt 2018 sind zusätzliche Mittel in Höhe von 200.000 Euro eingeplant, die zur Förderung der Computerspielbranche vorgesehen sind. Für die praktische Umsetzung der Computerspielförderung wird im Dialog mit der Computerspielbranche ein neues Förderinstrument in den bestehenden Förderrichtlinien eingerichtet, das den Branchenbedürfnissen entsprechend ausgestaltet wird. Der Schwerpunkt der Förderung soll auf „Serious Games“ liegen, da die Marktfinanzierung für diesen Teilbereich derzeit noch schwieriger ist als im reinen Entertainmentbereich. Mit einem Schwerpunkt auf der Förderung von „Serious Games“ soll erreicht werden, dass die hiesige Computerspielbranche sich vermehrt mit der Produktion von „Serious Games“ beschäftigt und eine Stärke in diesem Teilbereich der Computerspielbranche entwickelt. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang der Forschungsschwerpunkt „Serious Games“ an der TU Darmstadt. Dort werden im interdisziplinären Kontext (Informatiker, Techniker, Humanwissenschaftler und Anwender) wissenschaftlich-technische Aspekte zur Erstellung, Durchführung und Evaluation von „Serious Games“ in verschiedenen Anwendungsbereichen erforscht. Dies bietet wertvolle Anknüpfungspunkte. Diese Förderung befürworten wir als CDU Hessen ausdrücklich und wollen sie auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

Zur Förderung hessischer Computerspielentwickler stellt die Landesregierung in diesem Jahr 200.000 Euro bereit. Schon bisher hat das Land Veranstaltungen und Messen der Games-Branche gefördert, beispielsweise die GermanDevDays, die 2017 in Frankfurt stattfanden und die einzige deutschsprachige Konferenz für Spieleentwickler sind. Die Games-Industrie gehört in Hessen zu einem der umsatzstärksten Teilmärkte der Kultur- und Kreativwirtschaft. Damit Hessen auch weiterhin ein attraktiver Standort für die Games-Industrie bleibt, werden wir auch in Zukunft entsprechende Förderungen entwickeln und bereitstellen.

Wie bereits in anderen Antworten beschrieben, ist die Games-Branche ein wichtiger Teil der Kreativ- und Kulturwirtschaft. Wir wollen für die starke Games- und Software-Branche eine Förderung neuer Technologien, in Anlehnung an Nordrhein-Westfalen und Bayern, im Dialog mit der Branche einführen.

Wir Freie Demokraten sprechen uns für die Anerkennung von E-Sports als Sportart aus, um die Anerkennung und die Fördermöglichkeiten für bestimmte Games zu verbessern. Darüber hinaus stehen wir einer eigenständigen Gamesförderung grundsätzlich positiv gegenüber.

Wir begrüßen die Initiative der Landesregierung Computerspiele, die explizit Lerninhalte vermitteln, zu fördern. Nur sind die dafür veranschlagten 200.000 Euro bei weitem nicht ausreichend verglichen mit der gesellschaftlich-kulturellen Bedeutung des Kulturmediums. Auch die Einschränkung des Förderprogramms auf die reine Vermittlung von Lerninhalten, halten wir für zu einseitig. DIE LINKE will eine umfassende Förderung der innovativen Computerspielbranche in Hessen. Gerade im Rhein-Main Gebiet gibt es eine Vielzahl kleiner Softwareschmieden und Einzelpersonen, die z.B. neue Spielkonzepte, Spiele die gesellschaftspolitische Themen, oder Formen des Films bzw. des Roman spiel-, und damit erlebbar, machen, erarbeiten. Da solche neuen und innovativen Konzepte im globalen Konkurrenzmarkt der Branche nicht die Werbe- und Absatzmittel großer Computer- und Videospieldesigner besitzen, gilt es diese zu fördern. Ein weiterer Ansatz der Förderung der Kunst- und Kulturschaffenden im Bereich Computerspiele in Hessen kann die Adaption des Deutschen Computerspielpreises auf hessische Ebene darstellen.

Wie will Ihre Partei transparente Förderentscheidungen für Film-, Games- und Medienproduktionen und -projekte sicherstellen?



Die Förderung von Maßnahmen der hessischen Kultur- und Kreativwirtschaft erfolgt auf Grundlage der Richtlinie des Landes Hessen zur Gründungs- und Mittelstandsförderung. Diese Förderung steht grundsätzlich Antragstellern aus allen Teilmärkten der Kultur- und Kreativwirtschaft offen. Grundsätzlich ist die Höhe der Zuwendungen aus dem Landeshaushalt über das entsprechende Haushaltsprodukt des HMWEVL öffentlich zugänglich. Für eine darüber hinausgehende Darlegung, z. B. einzelner Jury-Entscheidungen, sehen wir jedoch keine Notwendigkeit, da eine Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft hiervon nicht zu erwarten wäre.

Zu einer transparenten Förderung gehört für uns unter anderem, dass die Förderkriterien klar definiert sind, sodass Antragsteller sicher kalkulieren können, ob ihr Projekt die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt und mit wie viel Förderung sie rechnen können. Das verbessert die Planung der Unternehmen. Darüber hinaus werden wir prüfen, inwiefern Förderungen des Landes Hessen verstetigt werden können, um auch hier eine nachhaltige, finanzielle Planung zu ermöglichen.

Transparenz ist immer gut und wichtig. Wir werden die Ausgestaltung im Dialog mit den Branchen prüfen.

Natürlich müssen Förderentscheidungen transparent und für alle nachvollziehbar dargestellt werden. Deshalb sind die Grundsätze und Vergabekriterien in öffentlich zugänglichen Förderrichtlinien verbindlich festzulegen.

Förderprogramme müssen aus Sicht der LINKEN unabhängig und transparent sein. Dies betrifft auch die Film-, Games- und Medienbranche. Eine Bündelung der Förderprogramme der Landesregierung auf einer zentralen, frei zugänglichen Plattform halten wir für unerlässlich. Auch die Einrichtung einer unabhängigen Beratungsstelle für diejenigen, die sich auf Förderprogramme bewerben wollen, ist dringend notwendig. Denn gerade neuen Akteuren der Kunst- und Kultur sind mögliche Förderprogramme nicht bekannt. Positive wie auch negative Förderentscheidungen müssen für alle Bewerbenden nachvollziehbar sein. So können zunächst abgelehnte Bewerber ihre zukünftigen Anträge anpassen und neu konzipieren.

„Frauen kommen in deutschen audiovisuellen Medien seltener vor als Männer. Wie steht Ihre Partei zur visuellen Diversität? Welchen Handlungsbedarf sehen Sie?“



Bereits vor zwei Jahren hat eine großangelegte Untersuchung des Deutschen Kulturrates e. V. über die Situation von Frauen in der Kunst-, Kultur- und Medienbranche erheblichen Handlungsbedarf aufgezeigt. Auch andere Studien haben den Eindruck bestätigt, dass Frauen nicht nur weniger an Jurys oder Gremien teilnehmen, sondern auch auf dem Kunstmarkt, in der Regie oder bei der Nutzung von Fördergeldern unterrepräsentiert sind. Damit bleibt kulturelles und wirtschaftliches Potential ungenutzt. Als eine der ersten Maßnahmen wurde in diesem Bereich das „Projektbüro Frauen in Kultur und Medien“ beim Deutschen Kulturrat als Anlauf- und Beratungsstelle eingerichtet. Wir unterstützen Bestrebungen auf Landesebene, durch organisatorische Maßnahmen aber auch durch gezielte Unterstützung die Präsenz von Frauen in der Kultur- und Kreativwirtschaft zu verbessern und bestehende strukturelle Hindernisse abzubauen.

Wir GRÜNE setzen uns schon immer für eine Stärkung von Frauen in allen Lebens- und Arbeitsbereichen ein und befürworten daher eine gleichberechtigte Präsenz von Frauen in deutschen, audiovisuellen Medien. Unsere Position und Ideen dazu finden Sie in der Antwort auf Frage 10.

Antwort Frage 10:

Hessen verfügt über eine große Vielfalt von Film- und Medienfestivals, die pro Jahr mehr als 100.000 BesucherInnen erreichen. Wir wollen Festivals noch stärker fördern als bisher und uns für größere Transparenz und mehr Flexibilität bei der Förderung stark machen. Denn Kunst und Kultur brauchen Freiheit und eine nachhaltige Förderpolitik. Wir GRÜNE möchten Frauen im Film die Aufmerksamkeit zuteilwerden lassen, die ihnen zusteht, ob als Schauspielerinnen oder Regisseurinnen. Daher haben wir mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 u.a. die Förderung von Frauen-Filmtagen ermöglicht. So kann auch das wertvolle Filmerbe von Frauen erhalten, besser gepflegt und sichtbarer gemacht werden.

Wir teilen Ihre Auffassung, dass Frauen in den audiovisuellen Medien unterrepräsentiert sind. Wir suchen hier das Gespräch mit den Akteuren, die in den Sendern für das Programm verantwortlich sind und machen darauf aufmerksam.

Anstrengungen für mehr Diversität verstehen wir als positiven Beitrag. Allerdings ist die Umsetzung eine Aufgabe der Branche selbst. Daher wäre es sinnvoll die Diskussionen über das gesellschaftliche Selbstverständnis in audiovisuellen Medien zu verstärken.

Schwerpunkt der LINKEN ist die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in der Filmbranche. Seit Jahren ist festzustellen, dass nur ein geringer Teil der Filme von Frauen (Regie, Drehbuch sowie Produktion) gemacht wird und dass diese Filme vom absoluten Volumen her gesehen nicht so hoch gefördert werden. Deshalb sollte eine Zielvorgabe zur gendgerechten Filmförderung eingeführt werden. Die Zielvorgabe ist, dass die Hälfte der Filmfördergelder an Projekte gehen, in denen Frauen entweder in der Produktion, Regie oder Drehbuch vertreten sind. So wurde es in Schweden erfolgreich praktiziert. DIE LINKE fordert zudem, diese Filme mit verdoppelten Referenzmitteln zu fördern und weitere Maßnahmen der Frauenförderung zu etablieren: Mentoring-Programme zur Karriere-Unterstützung, Change-Seminare zur Auseinandersetzung mit stereotypen Rollenbildern und spezielle Einreichmodi zur Erhöhung des Frauenanteils. Vor vergleichbaren Herausforderungen steht auch die Musikbranche, Hier sollten Aktivitäten wie etwa des Netzwerks „Music Industry Women“ o.ä., unterstützt werden.

Was sind für Ihre Partei die Eckpunkte eines zeitgemäßen und funktionierenden Kinder- und Jugendmedienschutzes?

Neben vielen positiven Aspekten birgt die Nutzung digitaler Medien für Kinder und Jugendliche auch Risiken und Gefahren, insbesondere in Form von jugendgefährdenden Inhalten und Cybermobbing. Die technischen und gesetzlichen Jugendenschutzregelungen allein können keinen wirksamen Jugendmedienschutz gewährleisten. Kinder und Jugendliche müssen daher für die mit der Digitalisierung verbundenen Risiken sensibilisiert werden, um mit medialen Inhalten reflektiert und verantwortungsbewusst umgehen und in Gefahrensituationen adäquat reagieren zu können. Eine Auseinandersetzung mit den Fragestellungen des Jugendmedienschutzes gewinnt daher zunehmend auch in der Schule an Bedeutung. Im Bereich des Jugendmedienschutzes stehen den Schulen hessenweit ein Landeskoordinator und ein Referentenpool von vier Personen zur Unterstützung von Schulen in allen Fragen des Jugendmedienschutzes zur Verfügung. Durch die Hessische Lehrkräfteakademie wird bereits eine Vielzahl von qualitativ hochwertigen Fortbildungs- und Schulungsmöglichkeiten für die hessischen Lehrkräfte im Umgang mit und zum pädagogischen Einsatz von digitalen Medien im Unterricht angeboten, z. B. zum Einsatz von Lernplattformen oder zu Maßnahmen des Jugendmedienschutzes, wie die landesweite Fortbildungsreihe „Jugendmedienschutzberater“ an Schulen. Zu ihrem Aufgabenbereich gehören die Organisation und Durchführung von Informationsveranstaltungen für Schüler, Lehrkräfte, Elternabende und ggf. auch Fortbildungen für Lehrkräfte sowie die Organisation und Betreuung von Peer-to-Peer-Projekten. Wichtige Unterstützung leistet in diesem Zusammenhang z. B. das peer-education-Projekt „Digitale Helden“ zur Verbesserung der Medienkompetenz von Schülern. Auf Grund der Entwicklungen im medialen Sektor wurden darüber hinaus in fast jedem Zuständigkeitsbereich der regionalen Geschäftsstellen des Netzwerks gegen Gewalt (Leitungsstelle besetzt durch Polizeibeamte), zumeist durch deren Initiative folgende Mediennetzwerke gegründet: Medienkompetenz Nordhessen, Mediennetzwerk netw@ys - Medienplattform im Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Interessengemeinschaft Medienprävention im Lahn-Dill-Kreis, Mediennetzwerk Media@you für den Landkreis Gießen, Arbeitskreis Medien für das Rhein-Main-Gebiet, Netzwerk Medienkompetenz Offenbach, Netzwerk Medienbildung Südhessen. Diese Mediennetzwerke setzen sich aus Einrichtungen, Initiativen und anderen Akteuren zu medienpädagogischen Themen zusammen und bieten Fachveranstaltungen und Fortbildungen an. Viele der Maßnahmen richten sich an die Zielgruppe Schule. Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode u. a. die Ausbildung von Schülern zu „Digitalen Schülerlotsen“ bzw. „Medien-Scouts“ erweitern, damit möglichst flächendeckend junge Menschen ihren Mitschülern das erforderliche (Problem-)Bewusstsein vermitteln können.

Wichtige, aktuelle Themen im Bereich des Kinder- und Jugendmedienschutzes sind u.a. der effektive Schutz von Jugendlichen in sozialen Netzwerken vor Cybermobbing und Hatespeech, Aufklärung in den Bereichen Datenschutz, Urheberrecht und Persönlichkeitschutz, Schutz vor gewaltverherrlichende und pornografische Inhalte oder auch Aufklärung über kommerzielle Risiken (Abo-Fallen, Gewinnspiele, etc.). Bei einem zeitgemäßen und funktionierenden Kinder- und Jugendmedienschutz geht es vor allem darum, altersgerecht über die Themen aufzuklären und die entsprechende Medienkompetenz auszubilden. Zahlreiche, vom Land Hessen geförderte Projekte, setzen direkt in den Schulen an (z.B. „Cool and Safe“ des Vereins SMOG e.V.). Auch mit der Peer Education im Rahmen des Programms „Digitale Helden“ haben wir gute Erfahrungen gemacht und wollen dies weiter fortführen. Dabei werden Schülerinnen und Schüler direkt von Medienpädagogen ausgebildet und geben ihre Erfahrungen dann an jüngere Mitschülerinnen und Mitschüler weiter, was auf große Akzeptanz stößt.

Digitale Bildung und Kinder- und Jugendmedienschutz gehören für uns zusammen. Wir wollen, dass junge Menschen nicht nur lernen, neue Technologien zu bedienen, sondern sie sollen sie beherrschen, um selbst Entwicklungen vorzunehmen und ihre Auswirkungen zu verstehen. Entsprechende Kompetenzen und Inhalte müssen in unseren Schulen vermittelt werden. Lehrpläne müssen entsprechend evaluiert und bedarfsgerecht angepasst werden.

Die Freien Demokraten stehen für die Freiheit von Kunst und Kultur, von Medien und von Kreativität. Zur Wahrung berechtigter Interessen – etwa von Eltern, aber auch in der Gesellschaft insgesamt – an einem effektiven Jugendschutz setzen wir auf die Ausbildung von Medienkompetenz, auf Eigenverantwortung und auf das bewährte Prinzip der „regulierten Selbstregulierung“ bzw. „Ko-Regulierung“ durch die Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle. Straftaten, z.B. im Internet, müssen von den dafür in unserem Rechtsstaat vorgesehenen Behörden und Einrichtungen verfolgt und geahndet werden. Dafür müssen diese finanziell und personell angemessen ausgestaltet werden. Die konvergente Medienwelt erfordert ein Ende der zersplitterten Medienaufsicht. Das gilt auch für den Bereich des Jugendmedienschutzes. Zuständigkeiten und Regeln dürfen zum Beispiel nicht mehr davon abhängen, ob ein Inhalt auf einem Speichermedium, im Fernsehen oder im Internet abgerufen wird. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für eine einheitliche Medienordnung ein.

Jugendschutz und Medienbildung betrachtet DIE LINKE im Zeitalter der Digitalisierung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Unabhängig von sozialer Herkunft, Alter und Region müssen deshalb Bildungsangebote zur freien Verfügung stehen. Sie setzt sich im Sinne eines emanzipatorischen Menschenbildes für einen freien Zugang zu den modernen Medien auch durch die Förderung eines freien Zugangs von moderner Informationstechnologie ein. Das bedeutet für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Internet, Filmen und Spielen die Förderung von moderner Technik an Bildungseinrichtungen und verpflichtende Schulungen für Eltern sowie Pädagoginnen und Pädagogen.

„Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um die Medien- und Digitalkompetenz bei Kindern und Erwachsenen auszubauen?“



Der digitale Wandel stellt die Schulen vor eine Vielzahl von neuen Aufgaben und Herausforderungen. Es gilt daher, Schüler rechtzeitig und umfassend zu einem selbstständigen und kritischen Umgang mit neuen Medien zu erziehen und ihnen das notwendige Rüstzeug im Umgang mit neuen Technologien an die Hand zu geben. Zugleich ist nach Auffassung der CDU Hessen jedoch das Bewusstsein für die mit der Digitalisierung verbundenen Risiken wie die Verbreitung von Fake News, Cyber-Mobbing oder Gewalt im Netz muss dabei nachhaltig geschärft werden. Hilfreich kann dabei die Ausbildung von Schülern zu digitalen Mentoren sein, die ihren Mitschülern ein entsprechendes Bewusstsein vermitteln. In der Sekundarstufe sind die Schüler schließlich auch gezielt auf die digitalen Komponenten des Berufs- und Arbeitslebens vorzubereiten – dies kann beispielsweise durch die Einführung eines Medienführerscheins geschehen. Die Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“ hat eine Reihe von Kompetenzen definiert, die die Schüler zu einer selbstbestimmten Teilhabe an der digitalen Gesellschaft befähigen sollen. Das CDU-geführte Kultusministerium wird daher ein curriculares Unterstützungsinstrument für Schulen erarbeiten, das Anknüpfungspunkte und Bezüge für den Aufbau der jeweiligen Kompetenzen in den einzelnen Fachcurricula aufzeigt und auf entsprechende Unterrichtseinheiten und Materialien hinweist. In Bezug auf die technische Infrastruktur setzen wir uns als CDU Hessen für ein digitales Grundangebot an den Schulen ein, das u. a. die Anbindung an schnelles Internet, W-LAN, IT-Hardware wie Smartboards und Beamer und Dokumentenkameras an allen Schulen umfasst. Obwohl die technische Ausstattung der Schulen dabei nicht dem Land obliegt, sondern in den originären Aufgabenbereich der Schulträger fällt, hat die CDU-geführte Landesregierung in Vereinbarungen mit den Schulträgern für die Jahre 2017 bis 2019 gleichwohl eine jährliche finanzielle Unterstützung zugesichert. Zudem haben wir in diesem Jahr mit dem Programm „KIP macht Schule!“ den Startschuss für eine beispiellose Investitionsoffensive für moderne Schulgebäude in Hessen gegeben. Insgesamt 558 Millionen Euro aus Landes- und Bundesmitteln werden den Kommunen für eine Modernisierung der Schulen zur Verfügung gestellt – dies umfasst selbstverständlich auch Investitionen in die digitale Infrastruktur. Darüber hinaus sieht der Koalitionsvertrag im Bund auf Initiative der CDU einen Digitalpakt im Volumen von fünf Milliarden Euro für die flächendeckende digitale Ausstattung der Schulen vor. In einer digitalen Bildungsoffensive sollen zudem nach Auffassung der CDU Hessen künftig die Schulträger, die Schulgemeinden und die Lehrkräfteakademie durch eine intensive Kooperation (z.B. bezüglich des IT-Supports) enger verzahnt und Synergien besser genutzt werden. Technik muss fächerübergreifend in den Unterricht eingebunden werden und macht didaktisch-methodische Vielfalt aus. ...

Wir GRÜNE möchten bei digitalen Themen grundsätzlich aufklären, Chancen aufzeigen und dazu befähigen, selbst aktiv zu werden. Unser Ziel ist es, einen öffentlichen Diskurs zu fördern, indem wir digitale Experten und Anwender miteinander vernetzen und so den Aufbau digitaler Kompetenz unterstützen. Das ist ein lebenslanger Lernprozess. Hier sehen wir in der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR) einen kompetenten Partner, mit dem wir entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen entwickeln wollen. Im Bereich der Schulen geht es einerseits um Vermittlung von Medienkompetenz und andererseits um die Frage, wie die Curricula und Lernmethoden an die sich ändernden Anforderungen in Berufsausbildung, Studium und Beruf angepasst werden müssen. Wir wollen, dass im Unterricht – ergänzend zur Erziehung der Eltern – die Gefahren von Cybermobbing, Datenschutz und die Frage des Suchtverhaltens in Bezug auf die Nutzung digitaler Medien thematisiert werden. Die Veränderungen der Curricula in diesem Bereich müssen jedoch dem Alter angemessen erfolgen. Der Einsatz digitaler Endgeräte ist für uns niemals Selbstzweck, sondern muss in ein pädagogisches Konzept eingebunden sein.

Wir hoffen, dass mit der Umsetzung des Digitalpakts, die Modernisierung der Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien einen Schub erhält. Wir fordern einen Masterplan für die Digitalisierung von Schule und Unterricht und ein Landesmedienkonzept. Jede Schule soll ein Medienkonzept entwickeln, für das das Land den Rahmen vorgibt. Wir wollen –wie in RLP – ein Zertifikat in Medienkompetenz für Schülerinnen und Schüler einführen. Außerdem sollen die Lehrkräfte eine entsprechende Qualifizierung im Studium und Fortbildung erhalten. Lehrkräfte müssen fit gemacht werden für den praxisnahen und anwendungsbezogenen Einsatz von digitalen Medien im Unterricht sowie im Jugendmedienschutz. Das veränderte Medienangebot und die veränderte Nutzung von Medien erfordert eine stärkere Verankerung von kritischer Medienkompetenz im Erziehungs- und Bildungssystem, über alle Altersgruppen hinweg. Sowohl im vorschulischen Bereich als auch in der Schule und Hochschule sowie in der Jugend- und vor allem in der Erwachsenenbildung sind passende Lehr- und Lernangebote für die Vermittlung von Medienkompetenz und digitale Alphabetisierung (digital literacy) zu schaffen. Medienbildung sehen wir als wichtigen Bestandteil eines selbstbestimmten und souveränen Handelns mit Medien. Wer Wahrheit nicht von Unwahrheit, Fakes nicht von News und echte nicht von unechten Bildern unterscheiden kann, wird zum manipulierbaren Spielball von Interessen.

Wir sehen die Digitalisierung als Chance und möchten, dass sich die Schulen den Herausforderungen stellen können. Wir möchten hierfür min. 50 Mio. EUR jährlich investieren. Denn es muss die technische Infrastruktur bereitgestellt und auch aufrechterhalten werden, so dass die Schulen nicht strukturell von der Digitalisierung abgekoppelt sind. Zudem ist es notwendig, Kompetenzen zu vermitteln, die dazu beitragen, sich mündig den Problemlagen zu stellen. Bedienfähigkeit ist etwas anderes als Medienkompetenz, die wir benötigen. Ferner müssen die Curricula und Bildungsstandards und die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte verändert werden, so dass sich diese neben dem technischen know-how Lehr- und Lernmethoden aneignen können. Aber wir sehen diesbezüglich auch die Notwendigkeit der Einbeziehung der außerschulischen Partner und somit auch die Einbeziehung von Künstlerinnen und Künstlern und Kulturschaffenden. Denn es wird nicht ausreichend, die Auseinandersetzung mit den Herausforderungen im schulischen Kontext zu sehen.

Eine moderne Mediensozialisation kommt ohne einen kritischen Verstand und ohne die Fähigkeit, Realität und Fiktion zu unterscheiden, nicht aus. Das sind unabdingbare Voraussetzungen. Daher tritt die Linke dafür ein, Medienkompetenz so früh wie möglich entwickeln zu helfen und entsprechende Maßnahmen Kindergärten, Horten, Schulen, Hochschulen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen sowie Betrieben institutionell in allen Bundesländern verpflichtend vorzugeben. Dafür müssen Erzieher*innen und Lehrer*innen auch entsprechend aus- und weitergebildet werden. Medien sind ein demokratischer Ort, der für jeden frei zugänglich sein soll. Potenzielle Manipulationen von Medien bergen Gefahren für die Demokratie. Deshalb steht DIE LINKE für die Wahrung eines freien und zensurfreien Internets mit festgeschriebener Netzneutralität und die Stärkung eines bewussten Umgangs mit den Medien ein. Bildungseinrichtungen mit dem Bedürfnis einer modernen technologischen Ausstattung zur Realisierung des fächerübergreifenden Lehrinhalts benötigen finanzieller Unterstützung. Erst dann wird die gelehrte bzw. erlernte Informationsbeschaffung gelebte Realität für jeden Menschen unabhängig seiner sozialen Herkunft, Region oder Alters.

„In welcher Höhe setzt Ihre Partei den Haushaltstitel „Kultur- und Kreativwirtschaft“ in der nächsten Legislaturperiode an?“

Die Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft wurde gerade in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Die entsprechenden Fördermittel stiegen von 150.000 Euro im Jahr 2015 auf 400.000 Euro im Jahr 2017 und nun durch Einstellung der zusätzlichen Mittel für die geplante Computerspielförderung auf 600.000 Euro (2018). 2019 sind allein im HMWEVL-Haushalt 684.000 Euro einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen für die folgenden Jahre vorgesehen. Einer weiteren Erhöhung der Mittel stehen wir offen gegenüber. Diese kann jedoch nur im Rahmen der durch den Landeshaushaltsgesetzgeber bereitgestellten Mittel erfolgen.

Die Förderung von Zukunftsbranchen wie der Kultur- und Kreativwirtschaft haben wir GRÜNE in der aktuellen Legislaturperiode verdoppelt. Zuerst werden wir schauen, ob wir mit mehr Geld mehr Nutzen erzielen haben oder die Förderkriterien anpassen müssen. Unser Eindruck ist, dass die Richtung stimmt und wir den beschrittenen Weg fortsetzen sollten.

Wir wollen gemeinsam mit den Akteuren der Branche über die finanzielle und auch die institutionelle Förderung beraten.

Als Freie Demokraten wollen wir in Hessen gestalten und sind bereit Regierungsverantwortung zu übernehmen. Ein starke Kultur- und Kreativwirtschaft gehört für unserem Leitbild, aufgrund der wirtschaftlichen Relevanz, als Schrittmacher der Digitalisierung und als wichtige Säule der demokratischen Kultur und des bürgerschaftlichen Engagements. In all diesen Bereichen wollen wir die bestehenden Fördermittel und Förderinstrumente stärken und stehen einer Erhöhung der Haushaltsmittel positiv gegenüber, insbesondere in den Bereichen, in denen die kommerzielle Vermarktung schwierig ist.

Der Haushaltansatz muss ausreichen, um die oben beschriebenen Ziele und Maßnahmen verwirklichen zu können.